

GROSSER RAT

GR.22.69

VORSTOSS

Interpellation der GLP-Fraktion (Sprecherin Béa Bieber, Rheinfelden) vom 22. März 2022 betreffend psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und deren Versorgung

Text und Begründung:

Seit mehreren Jahren belegen Statistiken und Untersuchungen, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit psychischen Problemen schweizweit zunimmt. Die Pandemie hat diesem Umstand spürbar zusätzlich Vorschub geleistet. Ein massiver Anstieg der Kinder mit psychischen Veränderungen ist zu verzeichnen, der Psychiatrische Dienst ist gefordert. Lange Wartefristen für eine wirkungsvolle Behandlung bei leichten bis schwerwiegenden Fällen sind die Regel, für interdisziplinäre Behandlung dauert die Wartezeit aktuell 6 Monate. Wenn gleich der Kanton Aargau hier nicht an der schweizerischen Spitze liegt, besteht Verbesserungspotential. Die bereits durch den PDAG gestellten Anträge sind schnellstmöglich auf dem ordentlichen Weg zu behandeln; über weiterführende Massnahmen zur langfristigen Verbesserung der Lage muss diskutiert werden.

Aus Sicht der Interpellanten/in ist es notwendig, zwei Massnahmenschielen zu verfolgen:

- Sofortmassnahmen, um die aktuelle Situation beim PDAG zu verbessern. (Entsprechende Anträge wurden bereits eingereicht).
Lange Wartefristen für Betroffene erhöhen das Risiko, auch langsam aus der kritischen Situation herauszufinden. Chronische Krankheitsbilder werden dadurch begünstigt.
- Langfristig angelegte Massnahmen, welche die Rahmenbedingungen im Kanton mit prophylaktischem Ansatz ins Zentrum stellen, sind nötig. Niederschwellige Angebote zur Gesundheitsbildung und Gesundheitsförderung sind zu unterstützen. Bildungslandschaften in Gemeinden können hier einen wichtigen Anteil leisten, dies zeigt die Erfahrung von bereits bestehenden Projekten in anderen Kantonen. Ebenso muss der anhaltende Personalmangel im Bereich Psychiatrie und Psychologie behoben werden.

Die GLP-Fraktion fordert vom Regierungsrat Antworten auf folgende Fragen:

1. Liegen dem Regierungsrat aktuelle Zahlen vor, die das Ausmass der Zunahme (inkl. Krankheitsbilder) belegen?
2. Beinhaltet das Monitoring nicht nur die Aufnahmezahlen der PDAG und des Schulpsychologischen Dienstes, sondern auch Rückmeldungen von Kinderarzt-Praxen, Schulsozialarbeit u.ä, um ein gesamtheitliches Bild der Situation zu erhalten?
3. Gibt es Unterschiede betreffend Unterversorgung in der ambulanten und stationären Versorgung?
4. Gibt es diese Unterschiede auch regional (z. B. Anzahl Fälle des SPD)?
5. Bei welchen Krankheitsbildern zeigt sich die Unterversorgung am klarsten?

6. Wurden Sofortmassnahmen seitens Kanton Aargau zur Unterstützung des psychiatrischen Dienstes in der aktuellen Lage (speziell im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie) getroffen? Wenn ja, welche? Wenn nein, weshalb werden solche als nicht zielführend erachtet?
7. Liegt eine kantonale Strategie oder ein Konzept im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie vor?
8. In welcher Form engagiert sich der Kanton Aargau im Bereich der Sicherstellung des nötigen Personals im Bereich der Psychiatrie und Kinderpsychologischen Diensten?
9. Wie fördert er die dezentrale Niederlassung von Psychiaterinnen und Psychiatern?
10. Wie unterstützt der Kanton erwiesenermassen wirkungsvolle Modelle wie z. B. Bildungslandschaften, welche eine wichtige Rolle, speziell auch im Bereich der Gesundheitsbildung und -förderung, übernehmen?
11. Ist der Kanton Aargau in diesem Bereich bereit, den Fokus in Zukunft noch vermehrt auf eine Präventivstrategie zu setzen? Welche Rolle kann die Schulsozialarbeit hierbei spielen? Sind deren Ressourcen kantonsweit ausreichend?
12. Wie unterstützt der Kanton Erziehende wirkungsvoll, damit sie ihre Resilienz stärken und damit ihre Kinder in schwierigen Phasen besser begleiten können?